



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Bayerische Bauordnung praxistauglich gestalten – Erkenntnisse aus Evaluierung konsequent umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Erkenntnisse aus der Evaluierung der Novelle der Bayerischen Bauordnung (BayBO) konsequent umzusetzen und diese in einen neuen Gesetzentwurf einfließen zu lassen. Dieser Entwurf soll im Speziellen die Streichung der Sonderregelung für Städte mit mehr als 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Art. 6 Abs. 5a BayBO) beinhalten.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, in dem neuen Gesetzentwurf weitergehende Maßnahmen zu implementieren, die dazu beitragen, dass einfacher, schneller, digitaler und kostengünstiger gebaut werden kann. Hierbei sei auf die Einführung eines Wirtschaftlichkeitsgebots in den kostentreibenden Artikeln als Möglichkeit verwiesen.

Begründung:

In einem interfraktionellen Antrag haben die CSU-Fraktion, die Fraktion FREIE WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion die Staatsregierung gemeinsam aufgefordert, die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzes zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (GVBl. 2020 S. 663 vom 30.12.2020) zeitnah zu evaluieren und über die Ergebnisse zu berichten. Ziel der Bauordnungsnovelle war es, das Bauen in Bayern einfacher, schneller, flächensparender und kostengünstiger werden zu lassen. Im Rahmen der Evaluierung wurden die Neuregelungen einem ersten Praxischeck unterzogen. Als größter Kritikpunkt der Bauordnungsnovelle kristallisierte sich die Sonderregelung im Abstandsflächenrecht für Städte mit mehr als 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (Art. 6 Abs. 5a BayBO) heraus. Während andere Änderungen zumindest unterschiedlich wahrgenommen wurden und weiteren Analysen bedürfen, sollte der Fehler der Sonderregelung im Abstandsflächenrecht jedoch sofort korrigiert werden. Insbesondere ist der Wohnungsdruck in den Großstädten München, Nürnberg und Augsburg mit am stärksten ausgeprägt. Eine weitergehende Nachverdichtung könnte maßgeblich dazu beitragen, das Angebot an Wohnraum zu erhöhen und somit den Nachfrageüberhang abzubauen. Des Weiteren gilt es, weitere Maßnahmen in einen neuen Gesetzentwurf einfließen zu lassen, um das Dickicht an bürokratischen Vorgängen in der BayBO weiter zu reduzieren und Verfahren mittels stärkeren Fokus auf Digitalisierung zu beschleunigen, wodurch wiederum schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.